

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

# BERLINER EXTRA DIENST

26. Oktober 1968 – 86 / 11  
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

TOTSCHLAG UND FOLTER IN MEXIKANISCHEN GEFÄNGNISSEN (SEITE 2)  
ZU DEN VERHÄLTNISSEN IN DER WESTBERLINER JUGENDHILFE (SEITE 5)  
WESTBERLINER APO-GRUPPEN ÜBER IHREN STANDORT (II. TEIL - SEITE 8)  
DAS KRÜCKENURTEIL UND DAS FLUGBLATT-URTEIL (SEITE 12)



ZUR WOCHE DER VIETNAM-AKTION: GEFANGENER US-PILOT WIRD VON NORD-VIETNAMEISCHER MILIZ ABTRANSPORTIERT (SIEHE AUCH SEITE 3)

## MEXIKO: SOLLEN 2000 GEFANGENE STERBEN?

Informationen aus Mexiko zufolge, die durch Besucher aus Mittelamerika in Westberlin dieser Woche bekannt wurden, wird für die Woche nach den Olympischen Spielen mit einem blutigen Massaker unter den etwa 2000 politischen Gefangenen in Mexiko City gerechnet, die jetzt schon unter schwer erträglichen Bedingungen leben. Professorinnen der Universität, denen die Möglichkeit gegeben wurde, die Gefangenen zu besuchen, berichten beispielsweise von einem Studentenfürher, der in einer kleinen Zelle fünf Tage ohne Essen gelassen wurde; sein Gesicht war von Schlägen und Messerstichen aufgequollen und verblutet, sein Ohr hing in Fetzen herab, seine Kleidung war blutverkrustet. Aus den Gefängnissen wird berichtet, daß Gefangene an Pfähle gebunden und geschlagen werden, offenbar keineswegs, um Geständnisse zu erpressen, sondern zur Vorbereitung der physischen Vernichtung. - Die inhaftierten 2000 Gefangenen wurden teilweise durch zivile Greiftrupps (sic) bei der gewaltfreien Demonstration am Platz der drei Kulturen gemacht, teilweise aber schon bei der vor Wochen erfolgten vorübergehenden Besetzung der Universität.

Es wird befürchtet, daß die liberale Gruppe des Regimes nach den Olympischen Spielen die faschistischen Polizei- und Militäreinheiten nicht mehr zu bremsen vermag, die die Führungsschicht der Intelligentsia liquidieren will. Ein Komitee für die Befreiung der politischen Gefangenen in Mexiko, nach dem Eintreffen dieser Nachrichten in Westberlin ad hoc gebildet, beabsichtigt, dem mexikanischen Präsidenten am kommenden Montag ein Telegramm zu senden, das folgenden Wortlaut hat:

"Die Unterzeichnenden haben mit großer Bestürzung erfahren, daß die Polizei in Mexiko mit äußerst brutaler Gewalt gegen Personen vorgeht, die in der Öffentlichkeit für ihre demokratischen Rechte eingetreten sind. Diese Personen wurden nicht nur in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte behindert, sondern darüber hinaus noch in den Polizeigefängnissen mißhandelt.

Wie wir aus internationalen Agenturberichten erfahren haben, verstößt u. a. nicht nur das Massaker auf dem Platz der drei Kulturen und die darauffolgenden Verhaftungen gegen die Menschenrechte, sondern auch die Behandlung der Inhaftierten. So haben wir auch von unmenschlichen Folterungen, die z. Zt. noch fortgesetzt werden, erfahren, so daß wir um das Leben der Inhaftierten fürchten müssen.

Darum fordern wir: 1. Die sofortige Freilassung der zu Unrecht verhafteten Personen. 2. Für alle Inhaftierten menschenwürdige Behandlung und Unterbringung, d. h. die sofortige Einstellung der Mißhandlungen und Folterungen dieser Personen. "

Für dieses Telegramm werden wegen der gebotenen Eile telefonische Zustimmungserklärungen am heutigen Sonnabend ans Mexiko-Komitee, Telefon Berlin 0311/86 36 58 in der Zeit zwischen 9 und 16 Uhr erbeten.

## WESTBERLIN: DDR-PRESSIONEN ERWARTET - SPD-ANGSTKÄUFE

Unsicherheit innerhalb der Westberliner Führung, gepaart mit starken Worten, kennzeichnet die Situation vor 13 Tagen "verstärkter Bundespräsenz" in Westberlin. Höhere SPD-Funktionäre - Stadträte und Mitglieder des Landesausschusses - haben aus "Blockade-Angst" größere Einkäufe getätigt: Einer für 700 DM. Der Regierende Bürgermeister deutete am Dienstag dieser Woche vor der SPD-Fraktion an: Westberlin geht schweren Zeiten entgegen. Massive DDR-Pressionen werden befürchtet. Orakelhaft sprach Schütz von erwarteten Autobahn-Blockierungen. Der SPD-Abgeordnete Riebschläger vom rechten Flügel machte sich zum Sprecher einer Gruppe, die "präzise wissen will, was man im Senat weiß". Schütz gab keine Auskunft. Der rechte Flügel entfachte auch eine Debatte darüber, warum man im Senat davon rede, daß Westberlin "der Bundesrepublik zugeordnet" sei und warum man nicht "Berlin als Bundesland bezeichnet". Dazu Schütz: Jeder mann wisse schließlich, daß Westberlin juristisch nicht zur Bundesrepublik gehöre. - SED-Funktionäre sind äußerst schweigsam, wenn sie auf zu erwartende DDR-Maßnahmen angesprochen werden. Andeutungen lassen jedoch zwei Schlüsse zu: 1. Man muß mit Komplizierungen im Transitverkehr von Personen und Waren zwischen der BRD und Westberlin rechnen; 2. Die Komplikationen werden frühestens zum Ende des CDU-Bundesparteitages erwartet.

---

REPUBLIKANISCHER CLUB

SONNABEND, 26.10., 18 Uhr: Vorbereitendes Treffen der Teilnehmer an der Vietnam-Aktion.

MONTAG, 28.10., 20 Uhr: Podiumsdiskussion der Demokratischen Aktion zum Thema "Neonazismus nach der Auflösung der NPD" mit Kurt Hirsch, Dieter B. Sternweiler, Wolfgang Lüder, Roland Reichwein und Marianne Regensburger.

FREITAG, 1.11., 20 Uhr: Clubdiskussion mit Theodor Ebert "Zur Strategie gewaltfreier Aktionen in Formaldemokratien".

TERMINE

MONTAG, 28.10., 19.30 Uhr: Erste Sitzung des Sozialistischen Clubs im Westberliner Norden im Jugendclub Prisma am Kurt-Schumacher-Platz mit Diskussion über Gründungsaufwurf, Clubstruktur, Arbeitskreisgründung.

DIENSTAG, 29.10., 20 Uhr: Dr. Johannes Schwerdtfeger aus Heidelberg über "Die veraltete Schule und die industrielle Arbeitswelt" im Auditorium der Amerika-Gedenkbibliothek.

DIENSTAG, 29.10., 19.30 Uhr: Im SPD-Kreisbüro des Bezirks Kreuzberg, 1 Berlin 61, Luckauer Straße, diskutieren Peter Gäng (SDS), K.H. Bachmann (Jungsozialisten) und Kunz (Junge Union) in einer Veranstaltung des Vietnam-Arbeitskreises der Jungsozialisten: "Wird Berlin in Vietnam verteidigt?".

FREITAG, 1.11., 20 Uhr: Podiumsdiskussion "Reform oder Revolution - Möglichkeiten und Chancen gesellschaftlichen Wandels". In einer Veranstaltung der Humanistischen Union diskutieren Dr. Johannes Agnoli (RC), Karl Moersch (FDP) und Joachim Steffen (SPD). Die Veranstaltung findet im Hörsaal 0104 der TU Westberlin statt.

FREITAG, 1.11., 20 Uhr: Informationsveranstaltung im Auditorium maximum der FU über "Persien, Griechenland und der Imperialismus".

SONNABEND, 2.11., 12 Uhr: Vietnam-Aktion von Gruppen der APO auf dem Hohenstaufenplatz im Westberliner Bezirk Neukölln.

SONNTAG, 3.11., 15 Uhr: Teach-in zum CDU-Bundesparteitag im Auditorium maximum der TU.

PROZESSTERMINE

MONTAG, 28.10., 9 Uhr: Gegen Carl Guggomos wegen Verstoß gegen Pressegesetz (Veröffentlichung von Prozeßakten). - 9.15 Uhr: Gegen Uwe Bergmann, Mitautor des rororo-Bandes von Dutschke, wegen Teilnahme an Osterdemonstration (Saal 101). - 9.15 Uhr: Gegen Broksch wegen "Verkehrsvergehens" bei Osterdemonstrationen (Jugendgericht, Saal E 106.)

DIENSTAG, 29.10., 9.15 Uhr: Gegen Christian Dührsen, der beim Schahbesuch "einen Omnibus angegriffen" haben soll (Saal 101). - 10 Uhr: Fortsetzung gegen Bergmann (Saal 101).

MITTWOCH, 30.10., 9 Uhr: Gegen Bauch (Beleidigung bei Osterdemonstration)

---

VIETNAM-AKTION: DEMONSTRATION UND SAMMLUNG

Vom 27. Oktober bis zum 4. November sind alle Gegner des Vietnam-Krieges der USA in Westberlinaufgerufen worden, sich an einer Geldsammlung zugunsten der Befreiungsfront zu beteiligen. Gruppen mit jeweils einem Sammler, einem Plakatträger und einigen Diskutanten sollen das Bild der City in diesen Tagen bestimmen. Die Teilnehmer an der Aktion - und weitere Interessierte - treffen sich am Sonnabend, 18 Uhr, im Republikanischen Club zu einer Vorbesprechung. Das gesammelte Geld wird auf das Solidaritätskonto "Hilfe für Vietnam" bei der Bank für Gemeinwirtschaft eingezahlt. - Seit der Übergabe der vorübergehend beschlagnahmten 80 000 DM dieser Sammlung sind erneut 8500 DM auf

diesem Konto eingegangen. - Gruppen der APO planen für den 2. November, 12 Uhr, eine Vietnam-Demonstration auf dem Neuköllner Hohenstaufenplatz. - Der Republikanische Club will die Vietnam-Aktionen mit einer Agitation zum CDU-Bundesparteitag verbinden. "Die CDU als Hauptagent des imperialistischen Monopolkapitals in der Bundesrepublik" soll einer der Hauptakzente heißen, unter den die Aufklärungsarbeit zu diesem Parteitag gestellt wird: Die Kritik, so heißt es in einem Aufruf des RC-Vorsitzenden Huffschmid, habe sich zunächst "gegen die Kräfte in unserer eigenen Gesellschaft zu richten, die die Verantwortung für die offene Komplizenschaft unserer Herrschenden mit konterrevolutionären Entwicklungen und Interventionen in der Dritten Welt tragen."

#### PROZESSE MEINEKESTRASSE: POLIZEIARBEIT KOMMT INS STOCKEN

Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche wurden in verschiedenen Prozessen von zwei verschiedenen Amtsrichtern, Loch und Karras, freisprechende Urteile gegen Demonstranten erlassen, die am Ostersonnabend in der Meinekestraße festgenommen worden waren. Es wurden zum größten Teil Polizei-Zeugen vernommen, darunter die Einsatzleiter Burck und Mende sowie der als "Polizei-Conferencier" bekannte Oberkommissar Textor. Urteilsgründe: 1. Die Textor-Durchsagen auf dem Kurfürstendamm waren mehr "Public-Relations-Äußerungen als polizeiliche Anordnungen" (so Karras); 2. Dem Demonstrationzug wurde durch die Kesselfalle in der Meinekestraße kaum Gelegenheit gegeben, sich aufzulösen. In den nächsten Wochen stehen noch Dutzende von Prozessen zum Komplex Meinekestraße an. So stehen am nächsten Donnerstag Langhans, Leonhard und Antje Krüger vor Gericht. Zu diesen Terminen sind stets dieselben Polizei-Zeugen geladen: Oberkommissar Textor beispielsweise soll noch fünfzig Vorladungen "abzuleisten" haben, ebenso Burck und Mende sowie die stellvertretenden Einsatzleiter aus der Meinekestraße. Wie ein Einsatzleiter aus Kreuzberg während eines Gesprächs auf dem Gerichtsflur äußerte, hätten zahlreiche höhere Polizeibeamte ihren Urlaub kürzen oder ganz auf ihn verzichten müssen, um als Zeugen auftreten zu können. Die Ausbildungsarbeit bei der Polizei sei inzwischen teilweise ins Stocken geraten, weil die vorgesetzten Beamten immer wieder ganze Tage in Moabit verbringen müßten. Die Lasten trägt weitgehend der Steuerzahler. Falls die Freisprüche in Sachen Meinekestraße (bisher gab es nur eine Verurteilung gegen Peter Brandt) rechtskräftig werden, ist damit zu rechnen, daß die Polizeiaktion dieses Ostersonnabends sowie die mehr als 30stündige Inhaftierung der meisten Demonstranten zum Gegenstand eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens gegen den Polizeipräsidenten werden. Sollte das Verwaltungsgericht feststellen, daß diese Aktionen der Polizei rechtswidrig waren, ist mit einer Welle von Schadensersatzprozessen zu rechnen.

#### WESTBERLINER NORDEN: GRÜNDUNG EINES SOZIALISTISCHEN CLUBS

Im Norden von Westberlin - in den Bezirken Wedding und Reinickendorf - haben Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition zur Gründung eines Sozialistischen Clubs aufgerufen. Nach dem Westberliner RC und dem Sozialistischen Club in Neukölln wäre das der dritte Club der Linken in Westberlin. Die vorläufige Kontaktadresse ist: Wolfgang Kaatsch, 1 Berlin 65, Fehmarner Straße 22. Der Aufruf zur Gründung des SC ist von J. Bartsch, W. Kaatsch, G. Kanthak, H. Schrankel, P. Schrankel und L. Schümann unterschrieben und hat folgenden Wortlaut:

"Während das vietnamesische Volk einen heldenhaften Kampf für den Sieg seiner Revolution gegen den amerikanischen Imperialismus und seiner Lakaien führt, während die Avantgarde der französischen Arbeiter und Studenten aus dem Verrat der sozialdemokratischen KP-Führung gelernt hat und beginnt, die organisatorischen Grundlagen für den endgültigen Sieg der französischen Revolution zu legen, hat die Bewegung der außerparlamentarischen Opposition in Westdeutschland und Westberlin einen ungeheuren Rückschlag erlitten. Wir meinen, daß die Hauptschuld an dieser Entwicklung die schwankende Haltung der Avantgarde in dieser Bewegung zur revolutionären Rolle der Arbeiterklasse ist, die Anbetung der Spontaneität und die Ablehnung jeder demokratisch-zentralistischen Partei, was verständlich ist angesichts des Verrats der sozialdemokratischen und stalinistischen Führungen - in Deutschland und überall in der Welt.

Ihre Stellung im Produktionsprozeß gibt der Arbeiterklasse die führende Rolle in der sozialistischen Revolution. Diese führende Rolle kann sie nur einnehmen, wenn das Proletariat durch eine entschiedene, zielbewußte, straff organisierte Partei geführt wird. Diese Partei jetzt neu zu schaffen, wäre sektiererisch; sie hätte keine Basis in der Arbeiterklasse. Hauptaufgabe der gegenwärtigen Periode des Klassenkampfes ist es, den Sozialismus als gesellschaftspolitisches Ziel, als Notwendigkeit in der Arbeiterklasse zu verankern.

Diese Aufgabe hatten sich auch die nach den Osterunruhen überall in Westberlin entstandenen Basisgruppen der außerparlamentarischen Opposition gestellt. Die oben aufgezeigten Ursachen für den Rückschlag in der außerparlamentarischen Bewegung sind natürlich auch die Gründe, warum diese Basisgruppen - soweit sie heute noch bestehen - eine bedeutungslose, sektiererische Rolle spielen.

Der Sozialistische Club, zu dessen Gründung wir aufrufen, soll im Norden unserer Stadt die organisierten und nichtorganisierten Sozialisten zu einer Aktionsgruppe sammeln, die in Basisarbeit mit Schülern, Lehrlingen und Arbeitern und in allgemeiner theoretischer Arbeit den Sozialismus in die Arbeiterklasse hineinbringen soll, um so beizutragen zum Hauptziel der gegenwärtigen Epoche des Klassenkampfes - der Schaffung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

#### EXTRA-REPORT

#### ÜBER DIE VERHÄLTNISSE IN WESTBERLINER JUGENDHEIMEN

In der Ausbildung befindliche Sozialarbeiter haben die Initiative ergriffen: Die pädagogisch und technisch völlig unzureichenden Verhältnisse in der Sozialarbeit vor allem für Jugendliche stehen im Mittelpunkt der Diskussion einer "Arbeitsgemeinschaft kritischer Sozialarbeiter", die für das kommende Frühjahr einen Kongress der Sozialarbeiter in Westberlin durchführen will. Der Kongress soll dem Ziel dienen, "durch Modifizierung der Sozialarbeit die Aufgaben der Sozialarbeit neu zu bestimmen und aufgrund der Analyse bestehender Mißstände Strategien zur Veränderung der zukünftigen Praxis abzuleiten. Die zunehmend syndikalistische Organisation der Sozialarbeiter scheint nicht nur im Hinblick auf die Inkompetenz der Verwaltungsbürokratie und im Hinblick auf die katastrophale Lage der Klienten notwendig, sie muß auch den mangelhaften Versuch der Gewerkschaften ausgleichen, die sich traditionell auf Fragen der Lohn- und Tarifpolitik beschränkt haben, ohne die Befreiung der Sozialarbeit selbst zu betreiben und sich damit zum Anwalt auch der Klienten zu machen". Die Forderungen der Sozialarbeiter an die Gewerkschaften: Eingangsvergütung für Kindergärtner nach BAT 5 und für Sozialarbeiter nach BAT 4 ab 1. Januar 1969, Abschaffung der Bewährungszeiten, Pflichtkurse von jährlich vier Wochen zur Fortbildung. Die materielle Befreiung der Sozialarbeiter soll einer Intensivierung der Arbeit zugute kommen.

Eine Initiativgruppe D im Pestalozzi-Fröbel-Haus, zur Gruppe der kritischen Sozialarbeiter gehörend, beschreibt ihre Erfahrungen in der Jugendhilfsstelle in Altmoabit und im Jugendhof in Zehlendorf. EXTRA-Dienst dokumentiert aus dem Erfahrungsbericht die wichtigsten Auszüge und im Wortlaut eine erste Vorlage der "kritischen Sozialarbeiter" über die Standortbestimmung moderner Sozialarbeit. Nach der Aktion der Gruppe D im Jugendhof hat Jugendsenator Korber in einem Rundschreiben an die einzelnen Amtsleiter vor der den Sozialarbeits-Trott seiner Behörde störenden Aktivität der Praktikanten gewarnt.

#### JUGENDLICHE UND ERZIEHER BERICHTEN

"Wir haben die Jugendhilfsstelle besichtigt. Ein Mitglied der Gruppe hat den Befehl des Heimleiters, nicht mit den Jungen zu sprechen, mißachtet, weil die Begründung, die der Heimleiter für das Verbot gab, seine Angst verdecken sollte, die er ganz berechtigt hat, nämlich die Angst, daß offizielle Besucher aus dem Mund der Betroffenen erfahren, wie es in den Heimen zugeht. Wir wußten, es wird nichts mehr befürchtet, als daß Besucher sich außer für die baulichen und hygienischen Gegebenheiten auch noch für die Betroffenen (in diesem Falle Kinder und Erzieher) interessieren. Unsere Erfahrungen sagten uns:

Wenn unsere Besichtigungen erfolgreich sein sollen, d. h. daß wir möglichst viel über die Schwierigkeiten und Vorteile einer Einrichtung erfahren, dürfen wir uns nicht damit begnügen, was uns die Leiter über die Einrichtung erzählen.

Wir ließen uns also die dritte (vergitterte) Etage vorführen. Wir bekamen einen kleinen Eindruck von den Räumen, in denen die Jungen hausen müssen. Wir sahen uns die Gemeinschaftszellender Jugendlichen an und die Ästheteten unter uns waren mal wieder über die geschmacklose Einrichtung empört. Manche bilden sich tatsächlich ein, die Heimsituation wäre zu ertragen, wenn die Wände nach psychologischen Gesichtspunkten gestrichen wären. Die Gitter müßten vielleicht blau gestrichen werden, weil blau angeblich Weite vermitteln soll. Wir meinen, daß die Insassen eines Krankenhauses, eines Heimes, einer Kindertagesstätte nicht mit noch so ausgeklügelten Tricks darüber hinweg getäuscht werden können, wie unmenschlich ihre Situation im Grunde genommen ist.

Während sich die meisten von uns bei Kaffee mit dem Heimleiter unterhielten, holte ich mir von einem Erzieher die Erlaubnis, mit den Jungen zu sprechen. Ich fragte die Jungen, wie es ihnen in der Jugendhilfsstelle gefällt. Sie antworteten: 'Haste nicht mal eine Zigarette?' 'Haste nicht mal ein Mädchen. Die Wichserei jeden Abend macht ja keinen Spaß. Da sind doch so schöne Mädchen. Sag doch mal sie sollen herkommen!' 'Mensch, aus diesem Stall möchte ich lieber heute als morgen abhauen.' 'Gestern hat ein Erzieher einen Jungen verprügelt. Der Junge ist dann gleich hier weggekommen.' 'Gestern haben zwei von uns versucht, die Gitter in der Werkstatt anzusägen. Die sitzen jetzt dafür im Bunker.' 'Lassen Sie sich doch mal den Bunker zeigen.' Ich bat den Erzieher, den Bunker aufzuschließen. Der Junge saß auf seiner Holzpritsche. Die Matratzen werden wohl tagsüber herausgenommen. Ich fragte den Jungen, warum er im Bunker sitzt. Er hatte nicht abhauen wollen, sagte der Junge, und für den Versuch, die Gitter anzusägen, müsse er nun hier drei Tage sitzen. Ich fragte den Erzieher, in welcher Weise dem Jungen hier geholfen werden sollte. Dachte dabei an den Namen Jugendhilfsstelle. Der Erzieher war der Ansicht, der Junge könne hier über seine Tat nachdenken. 'Sehen Sie, sagte er, Sie sind doch Steuerzahler, und wenn der Junge die Gitter ansägt, dann vergeht er sich auch an Ihrem Eigentum. Naja, wir sind doch von Steuergeldern finanziert und sind also dem Steuerzahler gegenüber verantwortlich.'

Plötzlich änderte sich die Haltung des Erziehers. Er legte los: 'Naja, mir gefallen die Methoden auch nicht und ich weiß, daß die Jungen für ihre Situation nichts können, aber machen Sie mal was, wenn nur eineinhalb Erzieher für alle Jungen im Dienst sind. Ich weiß auch, daß man sich mit den Jungen einzeln beschäftigen muß und dem Jungen im Bunker nicht geholfen ist. Wenn man eine Eingabe an den Senat macht, bekommt man doch keine Planstellen mehr, und wer geht denn schon in die Erziehungsheime. Die Ausgebildeten wollen doch alle möglichst viel Geld verdienen und wir verdienen verdammt wenig Geld. Wir Erzieher müssen es ausbaden, daß die Eltern so geldgierig sind und dafür ihre Kinder verkommen lassen. Ich werde Ihnen mal was sagen: Die Gesellschaft ist Schuld daran, daß die Jungen hier hereinkommen, und wir Erzieher, wir dürfen uns hier mit ihnen herumschlagen und verdienen unverschämt wenig. Uns geht es genauso wie den Jungen. Wir sind die Doofen.' Wir sprachen dann über Veränderungsmöglichkeiten. Ich schlug vor, mit spektakulären Aktionen die Öffentlichkeit auf die Zustände aufmerksam zu machen. Nur die Androhung eines Streiks würde schon genügen, die Bürokraten auf Trab zu bringen. 'Vielleicht aber muß erstmal das Büro eines Bürgermeisters zerschlagen werden, um die barbarische Situation in den Heimen der Öffentlichkeit ins Bewußtsein zu heben', fügte ich zum Schluß zur Erheiterung aller hinzu.

Wir verteilten also drei Flugblätter mit folgendem Inhalt: 'Mit mehr oder weniger grossem Eifer bereitet Ihr Euch auf die Schau am Samstag vor. Die Erzieher spielen dem Senat und dieser der Öffentlichkeit etwas vor vom fröhlichen, gesunden Leben im Jugendhof. Keiner spricht davon, warum soviel Wert auf Eure körperliche Ertüchtigung gelegt wird - mit Gewalt soll dadurch jeder berechnete Wutausbruch, jede sexuelle Regung in andere Bahnen gelenkt werden. Ihr habt ein Recht auf freie Sexualität! Fordert z. B. die Möglichkeit, mit Euren Mädchen schlafen zu können, anstatt zu turnen!'

Wir wußten, daß wir Ästheteten damit vor den Kopf stoßen würden. Wir wußten, daß durch diese Information die Jungen keine Mädchen bekommen würden. Wir wußten, daß dadurch

Unruhe in den Jugendhof kommen würde. Und das wollten wir auch. Wir brachten also durch ein an sich irrationales Mittel eine Diskussion in Gang, die ohne das Flugblatt nie zustande gekommen wäre. Wir begingen also eine unpädagogische Handlung? Setzen wir einmal unsere Handlung in Relation zu den Handlungen, die täglich in den Heimen mit offizieller Billigung ausgeübt werden, so muß man feststellen, daß die organisierten Unmenschlichkeiten, für die der Senator Korber politisch verantwortlich zeichnet, angesichts der Reaktion auf unser Flugblatt einige tausend Rundschreiben in Gang setzen müßten.

Warum schreibt der Senator nicht einmal: Liebe Kollegen, schickt keine Kinder mehr in die Heime. Dort wird unpädagogisch gehandelt. Ich halte die Intentionen in den Heimen für unverantwortlich. Ab sofort schickt Ihr nur noch Kinder in die Heime, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Heime auch ihre Aufgabe, zumindest ihren gesetzmäßigen Auftrag, erfüllen können.

Der Senator wird diesen Brief natürlich niemals schreiben. Er müßte dann ja zugeben, daß seine Dienststelle seit zwanzig Jahren versäumt hat, menschenwürdige Zustände zu schaffen. Er müßte dann ja zugeben, daß der gesetzliche Auftrag nicht erfüllt worden ist. Er müßte dann ja zugeben, daß für soziale Belange in diesem Staat kaum Geld zur Verfügung steht. Er müßte dann sein Mützchen nehmen. Keine Bange: Dieser Brief wird nicht geschrieben werden!"

#### ZUR FUNKTION DER SOZIALARBEIT

"Die Sozialarbeit ist der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung verpflichtet. Sie ist daher weitgehend in die autoritäre Hierarchie staatlicher und halbstaatlicher Institutionen eingegliedert und die Ausbildung zum Sozialarbeiter unterliegt der staatlichen Kontrolle. Ziel dieser Sozialarbeit ist die Anpassung einer Minderheit von Unterprivilegierten an die bestehenden Verhältnisse. Mit Hilfe begrenzter finanzieller und persönlicher Hilfe werden die aklatantesten Widersprüchlichkeiten und Ungerechtigkeiten des Systems verwischt, schlimmstes Elend wird gemildert um das allgemeine Elend zu verewigen. Die Anpassung ist erfolgreich, wo die Durchsetzung der herrschenden sittlichen, rechtlichen und moralischen Vorschriften, der Arbeits- und Ordnungsvorstellungen gelungen ist. Wo die Anpassung nicht möglich scheint, werden die Betroffenen von der Gesellschaft isoliert. An keiner Stelle geht es der Sozialarbeit darum, die bestmögliche Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu sichern. Darum weigern sich auch die Theoretiker (besser: Ideologen) der Sozialarbeit, die wirklichen Ursachen der Mißstände zur Kenntnis zu nehmen. So dient der längst zum Fetisch erhobene Individualismusbegriff eindeutig und ausschließlich der Verschleierung der allgemeinen Ursachen von "Einzelschicksalen" und der Verhinderung echter Selbsthilfe durch Organisierung der Betroffenen.

Für uns gilt es, Sozialarbeit zu benutzen als ein Instrument im Kampf um die Emanzipation der Menschen. Emanzipation ist nicht möglich innerhalb einer Ordnung, deren oberstes und heiligstes Prinzip die Maximierung des Profits weniger ist. Emanzipation ist hier nur möglich gegen dieses System. Für die praktische Arbeit in der Sozialarbeit bedeutet das:

1. Umfassende Aufklärung der Klienten über ihre Situation und die Ursachen.
2. Solidarität der progressiven Sozialarbeiter untereinander und mit den Unterprivilegierten (Klienten).
3. Gezielte Aktionen innerhalb der Hierarchie, z. B. gezielter kollektiver Ungehorsam gegen Anweisungen von "oben", gezielte Mißachtung des Amtsheimnisses, gezielte Mißachtung repressiver Vorschriften, Verordnungen, usw.
4. Vorbereitung demokratischer Aktionen zusammen mit den Klienten (z. B. Verhinderung von Heimeinweisungen mit öffentlicher Begründung, Verhinderung von Zwangsräumungen, Aktionen innerhalb der Behörden wegen der diskriminierenden Behandlung jedes einzelnen, usw.)
5. Zusammenarbeit mit einzelnen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition (z. B. Justizkampagne). So wird verhindert, daß die Bemühungen von progressiven Sozialarbeitern und Gruppen von Klienten isoliert bleiben und relativ ungeschützt den Repressalien der Bürokraten ausgesetzt sind."

WESTBERLINER APO-GRUPPEN ÜBER IHREN STANDORT (II)

EXTRA-Dienst beendet heute seine Dokumentation über eine Umfrage, die der Journalist Peter van Spall bei Gruppen und Verbänden der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition veranstaltet hatte (Teil I in Nummer 85/II). In der ersten Ausgabe hatten sich einzelne Gruppen über ihre Position in der APO, über ihre Vorstellungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftsformen und über ihr Verhältnis zu den etablierten sozialistischen Systemen geäußert. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir die eingegangenen Antworten zur Frage eines Aktionsbündnisses innerhalb der APO und zu einer Beteiligung an Wahlkämpfen innerhalb einer Formaldemokratie. Die Antworten sind unwesentlich gekürzt. Zur Einschätzung der Umfrage durch EXTRA-Dienst siehe redaktionelle Einleitung in Ausgabe 85/II.

FRAGE 4: Wodurch kann ein Zusammengehen sozialistischer, christlich-progressiver und anderer fortschrittlicher Gruppen erreicht werden?

FALKEN: Eine Zusammenarbeit kann sich nur von Fall zu Fall ergeben, bei bestimmten politischen Aktionen, aber auch da schon nicht bei allen, soll nicht ein unappetitlicher Einheitsbrei herauskommen, der zu gesellschaftlichen Blähungen führt, nicht aber zu Fortschritt und Veränderung. Daneben muß die theoretische Diskussion stehen. Aber auch nicht unter der dümmlichen Parole, das Trennende beiseite zu schieben und nur das Gemeinsame zu sehen. Eine solche Diskussion hilft keiner der beteiligten Gruppen und schon gar nicht der Sache. Die Diskussion muß in aller Schärfe und Deutlichkeit und Offenheit - und in aller Öffentlichkeit - geführt werden, denn es gilt ja gesellschaftspolitische Lösungen zu finden. Bei solchen Diskussionen wird sich dann herausstellen, ein wie weites Stück Weges man gemeinsam gehen kann.

AUSS: Ich sehe die Notwendigkeit einer solchen allumfassenden Zusammenarbeit nur im Zusammenhang mit besonderen Aktionen, die unter Umständen ein temporäres Bündnis mit den genannten Gruppen erforderlich machen würde. An der Institutionalisierung eines solchen Bündnisses kann wohl kein ernsthafter Sozialist Interesse zeigen. Durch die dadurch entstehende mangelhafte Abgrenzung der verschiedenen Standpunkte könnten wir dann nur eine Verwässerung unserer Aktionen erzielen.

DEUTSCHE PFADFINDERSCHAFT ST. GEORG: Zunächst muß ein Kampf gegen jede Kirchlichkeit des Christentums geführt werden, die die revolutionären Kräfte des Christentums behindert. Dann werden die Christen zur Gesellschaftskritik fähig. Diese Rückbesinnung auf die eigentlichen Aufgaben des Christen kann für den Marxismus eine Hilfe, ja eine Weiterentwicklung seiner Utopie bedeuten. Der Dialog hierüber kann beiden Gruppen zeigen, daß ein unauflösbarer Widerspruch zwischen Marxismus und Christentum nicht bestehen muß und dabei zur Basis für eine neue Aktionsgemeinschaft werden, der sich auch andere Gruppen anschließen können.

CHRISTLICHER FRIEDENSDIENST: Durch Nicht-Diskriminierung, gegenseitiges Anhören und Lernen, Öffentlichkeit des Argumentierens und gemeinsame Realisierung des gemeinsam Beschlossenen.

SHB: Einzelne Gruppen in der APO geben sich mit einer Defensivhaltung gegenüber den repressiven Maßnahmen des herrschenden Systems zufrieden, während für die Mehrzahl der APO diese Haltung nur der Ausgangspunkt für eine offensive Weiterentwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus hin ist. Im Stadium der akuten Bedrohung der noch vorhandenen Freiheitsräume tritt dieser weiterführende Gegensatz in den Hintergrund. Er muß jedoch, den verschiedenen Ansätzen entsprechend, bei der Weiterentwicklung der Gesellschaft offen ausgetragen werden.

NEUER ROTER TURM: Die Aktionseinheit ist mit jedem einzugehen, der dazu bereit ist. Die revolutionären Marxisten dürfen jedoch ihren Versuch, durch Polemik und Diskussion

die Anhänger der reformistischen, liberalen und stalinistischen Gruppen zu gewinnen, auf keinen Fall aufgeben. Gerade in der Aktion zeigt sich, wer der konsequenteste Vertreter der antikapitalistischen Bewegung ist.

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND: Die Zusammenarbeit und das Wahlbündnis der genannten Gruppen können befürwortet werden, umso mehr, als beim bestehenden Verbot der KPD und dem verdächtigen Zuspruch der NPD (im doppelten Sinne, indem zumindest die CSU dem Nationalismus unverblümt die Parole redet, die CDU wohl etwas verschämter) eine organisierte "Linke" noch fehlt. Maxime für ein solches Zusammengehen müßte die Offenheit für alle sich demokratisch-sozialistisch verstehenden Kräfte sein.

AUD: Eine Zusammenarbeit aller Gruppen ist deshalb problematisch, weil teilweise ideologisch vorgefaßte Meinungen und Forderungen in den Vordergrund gestellt werden. Wenn aber irgendeine Gruppe in Deutschland tatsächlich Änderungen erreichen will, so muß sie versuchen, eine Einigung in folgenden Punkten zu erreichen: Verzicht auf atomare Rüstung oder atomaren Mitbesitz in Deutschland; umfassende Abrüstung der europäischen Staaten; Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems; Auflösung der EWG und des Comecon zugunsten einer gesamteuropäischen Freihandelszone; Anerkennung der DDR als einen gleichberechtigten teildeutschen Partner; Friedensvertrag für ganz Deutschland.

HUMANISTISCHE UNION: Eine Zusammenarbeit aller progressiven Gruppen ist sehr wünschenswert, aber nur bei Einigung auf ein gemeinsames Minimalprogramm möglich. Voraussetzung ist eine größere gegenseitige Achtung und Toleranz. Jeder Dogmatismus schadet der Demokratisierung. Niemand besitzt die absolute Wahrheit. Eine ständige Überprüfung der jeweiligen eigenen Position ist unabdingbar.

DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN: Durch Konzentration auf die Anliegen, in denen sich die Gruppen einig sind.

FRAGE 5: Die DFU befürwortet in einem Aufruf ein Wahlbündnis der demokratisch-sozialistischen Opposition. Wie stehen Sie dazu?

FALKEN: Ein solches Wahlbündnis kann ich nicht befürworten. Was kommt dabei heraus? Das, was die DFU mit ihrem unverbindlichen Friede-Freundschaft-Programm in den letzten Jahren erreicht, richtiger nicht erreicht hat. Wenn die sozialistische Linke bei der nächsten Wahl dem Arbeiter eine Alternative zur SPD anbieten soll, dann kann sie das nur als revolutionär-sozialistische Bewegung tun, nicht aber als undefinierbarer Mischmasch mit einem Jedermannsprogramm. Ob allerdings der Zeitpunkt für die Gründung einer solchen Partei schon gekommen ist, bedarf einer gründlichen Analyse. Nur wenn schon größere Teile der Arbeiterschaft dem Ruf einer solchen Partei folgen würden, gäbe es eine realistische Chance. Es dürfte keinesfalls eine Partei der Intellektuellen alleine sein.

AUSS: Die Frage wirft das Problem des Parlamentarismus auf. Ich persönlich sehe in der Schaffung einer Partei und bei der Parlamentsarbeit nur negative Faktoren: Das Entstehen eines Gruppeninteresses der Bürokratie der Beamten und Führer, die ihr Interesse an einer ungestörten Parteientwicklung mit dem der übrigen Revolutionäre identifizieren. Diese Bürokratie widersetzt sich den Massenaktionen beim Schritt in die Illegalität, weil damit durch die Zerschlagung der Organisation durch den Staat an ihr Lebensinteresse gerührt würde. Die Funktionäre entwickeln sich so zum retardierenden Element der revolutionären Bewegung. Die geistige Abhängigkeit der Massen von einer Handvoll "Spezialisten für Klassenangelegenheiten" würde durch eine solche Organisationsform befestigt. Das bedeutet aber wieder Macht der Organisation und der Führer über die Massen.

DEUTSCHE PFADFINDERSCHAFT ST. GEORG: Für die DFU ist dieser Aufruf verständlich. Trotzdem scheint mir gegenwärtig ein Wahlbündnis der Linken mit einer weitgehenden Verwässerung der Kritik der APO einherzugehen, die ja an der Basis angreifen will. Unterwirft sie sich dem jetzigen Mehrheitswahlmechanismus, so würde sie alle Hoffnung auf Aufbrechung des bürgerlichen Bewußtseins begraben müssen. Sie würde als

Partei der üblichen Toleranz und damit Nichtbeachtung verfallen. Wenn sie aber den Parlamentarismus erweitern oder ersetzen will, dann muß sie sich zunächst von ihm distanzieren.

CHRISTLICHER FRIEDENSDIENST: Es sollte ein Wahlbündnis aller progressiven und pazifistischen Kräfte für 1969 zustandekommen, eventuell auch unter neuer Benennung, z. B. als "Linke Mitte", "Wahlblock der Basis-Demokraten".

SHB: Es ist heute eine ambivalente Entscheidung, sich noch auf den parlamentarischen Mechanismus einzulassen, denn der Möglichkeit der Umwandlung von innen heraus steht die Gefahr der Integration gegenüber, wie aus der Wandlung der SPD seit 1914 abzulesen ist. Trotzdem glauben wir auf diesen Weg der Veränderung nicht verzichten zu können. Unter diesem Aspekt haben sozialistische Wahlbündnisse eine Doppelfunktion: einmal als Anspruch an die SPD, sich mit der von ihr aufgegebenen theoretischen Grundlage des demokratischen Sozialismus wieder auseinanderzusetzen, zum anderen als mögliche Basis für eine neue sozialistische Partei. Der Gefahr der Integration innerhalb des Parlaments für die Gruppierung kann nur begegnet werden, wenn in der APO weiter grundlegende theoretische Arbeit geleistet wird, und wenn eine starke außerparlamentarische Opposition auftretende Diskrepanzen zwischen theoretischem Anspruch und politischer Praxis der Gruppierung aufdeckt und der Öffentlichkeit durch Aktionen bewußt macht. Allerdings muß gesehen werden, daß es auch in neuester Zeit einem solchen sozialistischen Wahlbündnis nicht gelang, parlamentarisch Fuß zu fassen. Aus diesem Grund und auch aus der Tatsache heraus, daß der ausschließlich antiautoritär und antiinstitutionell geführte Kampf gegen die SPD und ihre pauschale Diffamierung als "Arbeiter-Verräter-Partei" nicht den Bewußtseinsprozeß des linken SPD-Flügels fördert, sondern zu bewußtseinshemmenden Trotzreaktionen führt, halten wir es für unsere Aufgabe, die innerparteiliche Opposition in der SPD zu stärken und ihr wieder ein theoretisches Fundament zu geben. Die politische Stärkung und innere Profilierung der linken Opposition der Partei dient dabei nicht der Stärkung der SPD im allgemeinen, sondern hilft mit, die Doppelfunktion der SPD (Arbeiter- und Volkspartei) zu zerstören, eine notwendige Voraussetzung, um langfristig eine wirksame antikapitalistische Basis zu erreichen. Auch die innerparteiliche Opposition bedarf der Unterstützung der außerparlamentarischen antikapitalistischen Opposition.

NEUER ROTER TURM: Einige pazifistische Abgeordnete im Bundestag nützen gar nichts, sondern verleihen dem zerfallenden Parlamentarismus allenfalls einen neuen Anschein von Bedeutung. Sinnvolle - einer revolutionären Perspektive untergeordnete - Parlamentsarbeit könnte nur eine marxistisch-leninistische Partei leisten, wie es die KPD bis zur Mitte der zwanziger Jahre war. Diesen Anspruch kann wohl keine der linkssozialdemokratischen und neostalinistischen Parteien und Splittergruppen erheben.

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND: Schwierigkeit: die Organisation. Daher müßte die DFU, weil schon organisiert, selbstverständlich in Hinzuziehung der ganzen demokratischen Linken, den Aufbau bzw. eine fortschreitende Einigung der Opposition beginnen. Nicht auszuschließende (parallel laufende zumindest) Möglichkeit: Die Opposition im Parlament zu vermehren durch Stärkung des progressiven Teils der FDP.

AUD: Die Bundestagswahlen im Jahre 1969 werden wahrscheinlich die letzte Chance für alle Oppositionellen sein, in den Bundestag zu kommen - wenn sie sich auf die sicher noch erweiterungsfähigen oben angedeuteten Punkte einigen. Deshalb kann die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher nur an alle Gruppen appellieren, ihre Gruppen-Egoismen beiseite zu lassen und im wahrsten Sinne des Wortes eine Aktionsgemeinschaft der Unabhängigen Deutschen zu bilden.

HUMANISTISCHE UNION: Die einseitige Bindung an eine bestimmte Partei würden den politischen Vorstellungen der HU widersprechen. In Berlin spielt die DFU politisch keine Rolle. Deshalb stellt sich das Problem einer möglichen Unterstützung nicht.

DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN: Ein solches Bündnis würde uns nicht berühren, da wir nicht unter demokratisch-sozialistisch firmieren, sondern unter liberal.

## BASISGRUPPEN: ERFOLGREICHE VERSUCHE IN MÜNCHEN

Der in EXTRA-Dienst 84/II veröffentlichte Beitrag eines RC-Mitgliedes über Erfahrungen mit einer Basisgruppe in Westberlin hat Staub aufgewirbelt und böses Blut gemacht. In der Tat: Offenbar ist es schwer, eine Satire zu schreiben: der Beitrag sollte aber wohl ironisch gemeint sein. Die EXTRA-Dienst-Redaktion meint auch, daß das nicht sonderlich gelungen ist. Was der Autor wohl sagen wollte: daß viele Basisgruppen es nicht verstehen, ihre Arbeit Außenstehenden zu vermitteln. - Zu diesem Thema lesen wir im Informationsdienst der Münchener Kampagne für Demokratie und Abrüstung einen schlichten Bericht, den wir nachstehend als weiteren Beitrag zur Diskussion im Wortlaut veröffentlichen:

"Bei der Basisgruppe West fand am vergangenen Mittwoch die geplante Mieterversammlung statt, die, den Umständen entsprechend, als ein großer Erfolg angesehen werden kann. Unter den zahlreich erschienenen Gästen befanden sich auch Mieter, die vom Abbruch der Mietshäuser betroffen sind; andere waren aus Solidarität, Idealismus, Neugier oder 'weil ihnen das Wohnungsproblem schon lange im Magen liegt' gekommen. Die Mitglieder der Basisgruppe vermieden es, die anwesenden Mieter voreilig mit Ideologien zudecken: Sie wollten die Mieter selbst von ihren Problemen erzählen lassen. Im Verlauf der Diskussion wurde dann auch deutlich, daß die Mieter nicht 'politisieren', sondern mit der Basisgruppe über mögliche gemeinsame Initiativen beraten wollten. Die Mitglieder der Basisgruppe konnten ihre Gäste davon überzeugen, daß man bei der Stadtverwaltung nur auf der Basis einer Solidarisierung unter den Mietern etwas erreichen könne; die Entsendung einer Delegation sei nicht erfolgversprechend, weil sie ziemlich schnell wieder 'abgewimmelt' werden würde. Die Mieter beschlossen, unter der Beratung und Mitwirkung eines Juristen aus der Basisgruppe zunächst alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, mit denen der Abbruch ihrer Häuser verhindert werden könnte. Abschließend wurde ein Aktionskomitee und ein Redaktionsausschuß gebildet; der Redaktionsausschuß soll ein neues Flugblatt entwerfen und tritt deshalb am nächsten Montag zusammen, die Mieter versprachen, am nächsten Treffen der Gruppe wieder teilzunehmen."

## HINWEISE

ANALYSEN REVOLUTIONÄRER AGITATIONSFILME veröffentlicht die Ausgabe 27/1968 der Zeitschrift "Sprache im Technischen Zeitalter". Untersucht werden der bekannte Streifen über die Herstellung eines Molotow-Cocktails und Peter Strascheks Kurzfilm "Ein Western für den SDS", der auf bisher ungeklärte Weise aus dem Zimmer der Geschäftsleitung der Filmakademie "spurlos verlustiggegangen" ist. Christian Deutschmann und Michael Pehlke untersuchen den Vietnam-Film "Himmel und Erde" von Joris Ivens.

DER ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS AN DER TU bittet um Zeugen für zwei Vorfälle: 1. für die Polizeiübergriffe an der Polizeischule in Spandau in der Nacht zum Ostermontag 1968; 2. für den sogenannten Wasserwerfer-Zwischenfall am Olivaer Platz am Nachmittag des Karfreitag 1968.

## EXTRA ÜBER UNS

NATÜRLICH AUCH IN MOABIT wird der EXTRA-Dienst gelesen, allerdings bevorzugt von den dortigen Justizbehörden. Aber auch Untersuchungs- und Strafgefangene möchten sich gerne über das unterrichten, was in Westberlin wirklich vorgeht. Sie haben jedoch Schwierigkeiten. Ein Häftling aus Moabit beispielsweise wurde nach Tegel verlegt. Der nach Moabit gesandte EXTRA-Dienst kam mit dem Vermerk "Empfänger verweigert Annahme" zurück. Der Empfänger freilich wußte von nichts. Ein Justizbeamter hatte sich ohne Abonnementsbeiträge zu bezahlen - zum Empfänger befördert. Eine Beschwerde in Tegel hat inzwischen geholfen: der dortige stellvertretende Anstaltsleiter Dr. Thom, offenbar erschreckt durch EXTRA-Dienst-Enthüllungen über sein Haus, versprach, für EXTRA-Dienst-Belieferung zu sorgen. Voraussetzung: Der Senat von Westberlin müsse zustimmen. Derzeit berät man nun beim Justizsenator die Frage, ob man EXTRA-Dienst ins Gefängnis lassen darf...

## GREIFT ZUR KRÜCKE, GENOSSEN / VON M. BUCHHOLZ

Man erinnert sich: Vor wenigen Wochen wurde ein echter Berliner vor Gericht gestellt und verurteilt: Jener wackere Rentner, der am Heiligabend unsere morsche Gesellschaft mit jenen Krücken verteidigte, auf denen sie in den Abgrund humpelt: Der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Christ hatte dem damaligen Staatsfeind Nr. 1, Rudi Dutschke, eine stark blutende Kopfplatzwunde beigebracht. Die Richterin verurteilte das invalide Bachmännlein wegen gefährlicher Körperverletzung zu 200 Mark Geldstrafe, nachdem sie zuvor in der Verhandlung erfahren hatte, daß der Angeklagte schon 150 Mark für ein "Stern"-Interview kassiert hatte.

Nun liegt uns inzwischen das schriftliche Urteil eines anderen Falles von Körperverletzung vor. Der Angeklagte war allerdings kein echter Berliner, sondern ein Demonstrant. Er hatte bei der KaDeWe-Demonstration im August vergangenen Jahres ein Bündel von etwa 25 Flugblättern in die Luft geworfen. Von diesen Flugblättern fühlte sich ein Kriminalbeamter getroffen, nicht nur in seiner Springer-Menschenwürde, sondern am Auge des Gesetzes. Er erstattete Strafanzeige. Oberamtsrichter Giese aus Moabit erledigte die Angelegenheit per Strafbefehl: 100 Mark Geldstrafe wegen vorsätzlicher Körperverletzung. Einen Vorsatz bestritt der Demonstrant aber ganz entschieden und legte Einspruch ein. Dss hätte er bleiben lassen sollen. Zwar mußte auch der Herr Oberamtsrichter als Ergebnis der Beweisaufnahme feststellen, daß es sich bestenfalls um fahrlässige Körperverletzung handeln könnte, dafür erhöhte er aber die Strafe gegen den Angeklagten ("Bisher nicht vorbestraft. Ungünstiges über ihn ist nicht bekannt.") auf 500 Mark. Ersatzweise 20 Tage Gefängnis.

Ein wahrer Rechtsstaatler, dieser Oberamtsrichter Giese, den der Vorwurf der ideologischen Einseitigkeit kaum treffen kann: Schenkte er doch einem Polizeiobermeister als Belastungszeugen vorbehaltlos Glauben, obwohl dieser Mann Ulbricht heißt...

Moral dieses vergleichenden Exempels? Wir sind nicht mehr naiv genug, um bei unserer politischen Justiz nach Moral zu fragen. Immerhin bleibt die Aussicht, daß die 10. Große Strafkammer als nächste Instanz das Giese-Urteil ignoriert und das Verfahren wegen Geringfügigkeit einstellt.

Falls nicht, bleibt für alle linken Körperverletzer nur noch eine Möglichkeit: Greift zur Krücke, Genossen!

----- anzeige -----

WIR SIND ZU DRITT (zwei männlich, einmal weiblich) und suchen eine Wohnung: 3 bis 4 Zimmer, geräumig und hell, Küche und Innentoilette. Mietpreis bis DM 350.-. Wir wären bereit, bis DM 200.- als Vermittlergebühr dem zu bezahlen, der uns eine solche Wohnung verschafft. Anruf EXTRA-Dienst 86 21 89.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab . . . . . 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .

WOHNORT: . . . . .

STRASSE: . . . . .

DATUM: . . . . .      UNTERSCHRIFT: . . . . .